

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

## Zweitrangiges Beschäftigungsziel?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Molitor, Bruno (1977) : Zweitrangiges Beschäftigungsziel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 8, pp. 376-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135096>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Bruno Molitor

## Zweitrangiges Beschäftigungs- ziel?

**E**s bleibt das Handikap einer jeden Regierung, die im Parlament über eine nur schwache Mehrheit verfügt, daß ihr Spielraum für gesetzgeberische Aktionen eng ist. Dieses Handikap kann für die Bevölkerung bedrohlich werden, wenn sie sich in einer wirtschaftlichen Situation befindet, die ein energisches Handeln gebietet. Dabei muß es nicht unbedingt die Opposition sein, die der Regierung die Hölle heiß macht — bei uns scheint deren Kraft gegenwärtig kaum für ein Fegefeuer auszureichen. Die eigentliche Gefahr kommt aus der eigenen Regierungsfraktion: hier kann einer Abgeordnetengruppe, obwohl sie, absolut gemessen, von infinitesimaler Bedeutung ist, in der Abstimmungsarithmetik ein entscheidendes Gewicht zuwachsen, das es ihr erlaubt, der Regierung mit ihrer Sicht der Dinge hart zuzusetzen.

So die Opponenten gegen das „Steuerpaket“ 1977. Gewiß muß

man ihnen zugestehen, daß es in der Demokratie kein Wert an sich ist, eine Regierung, und wäre es die eigene, um jeden Preis an der Macht zu halten. Auch war es zumindest für die Bevölkerung kein Schaden, daß die Opponenten mit ihrer Mißbilligung der Regierungsvorlage an die Öffentlichkeit gingen. Auf diese Weise konnte nämlich der interessierte Wähler erfahren, wie bestimmte politische Gruppen in der Wirtschaftspolitik die Priorität gesetzt wissen wollen. Gleichwohl bleibt der Ungereimtheit genug. Man hätte es verstanden, wenn gegen die Mehrwertsteuererhöhung argumentiert worden wäre, daß sie nicht in die konjunkturpolitische Landschaft passe. Man hätte verstanden, wenn für eine generelle Bereinigung des Lohnsteuertarifs plädiert worden wäre, auf daß nicht immer mehr Arbeitnehmer, nur weil ihr Einkommen nominell steigt, schon in eine saftige Steuerprogression hineingeraten. Indes, als Stein des Anstoßes galt den Opponenten des Steuerpaketes die vorgesehene Senkung der laufenden Vermögensteuer. Und das ist nun in der Sache schwer einzusehen, wenn man der Beteuerung glauben soll, daß das Beschäftigungsziel heute politisch obenan steht. Denn die Vermögensteuer ist eine ertragsunabhängige Abgabe. Sie muß auch dann in voller Höhe gezahlt werden, wenn ein Unternehmen überhaupt keinen Gewinn macht oder gar in den roten Zahlen steckt. Diese Vorbelastung ist ein schlechtes Omen gerade jetzt, wo es darum geht, die Investitionsneigung und damit das Angebot an Arbeitsplätzen auf breiter Basis zu erhöhen.

In Wahrheit kann eine Senkung der Vermögensteuer, und dazu noch in dem vorgesehenen mäßigen Umfang, beschäftigungspolitisch nur ein erster Schritt sein. Bei Lage der Dinge wäre sie durch eine erweiterte Möglichkeit zur degressiven Abschreibung zu ergänzen, die unmittelbar auf das Unternehmer-

verhalten wirkt und auch mittelfristig dem allenthalben gestiegenen Risiko von Zusatzinvestitionen gerecht würde. Aber diese Maßnahme ist den Opponenten erst recht verpönt, weil sie eine „sozialen Rückschritt“ bedeuten soll. So läßt sich nur schließen, daß ihnen die in der bisherigen Steuerpolitik erreichte Umverteilung durch Gewinnkompression faktisch höher steht als das verheißene Beschäftigungsziel.

Natürlich ist es, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, allein mit einer steuerlichen Entlastung nicht getan. Auch die Lohnpolitik muß an der Kostentfront ihren Teil beitragen: auch die Solidarität mit jenen Arbeitnehmern, die nicht mehr oder noch nicht in einer Beschäftigung stehen. Die Funktionäre, die wir selbstverständlich die Lohnforderungen heraufschrauben, machen sich offenbar nicht klar, daß sie damit den Arbeitslosen eine Tort antun.

Freilich, von den beschäftigten Arbeitnehmern ist mit guter Grund eine Zurückhaltung bei den Lohnforderungen nur dann zu fordern, wenn gleichzeitig die Arbeitslosen auch ihrerseits alle tun, um eine Arbeit aufzunehmen. Es geht nicht an, die „Zerumutbarkeit“ des zu vermittelten Arbeitsplatzes möglichst en auszulegen und sich an den Einkommenschancen der Hochkonjunktur auszurichten, die der Vergangenheit angehören. Es geht nicht an, daß ungelernete Jugendliche es verschmähen, während der Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit die Ausbildungschancen zu nutzen, die die Arbeitsbehörden entgeltlos anbieten. Und noch schlimmer ist es, wenn von soziologischer Seite nachgerade dazu ermuntert wird auf „Arbeitsplätze höherer Qualität“, die „die Gesellschaft“ zu präsentieren habe, ruhig „läßere Zeit“ zu warten, was man sich „angesichts der großzügigen Einkommenssicherung nicht auch leisten könne“. Das heißt die Solidarität der Beschäftigten auf eine zu harte Probe zu stellen.